

Strompreise . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

über das Ergebnis des Prüfverfahrens in seinem Ministerium zu unterrichten.

In der Anhörung hatte das RWE, der größte deutsche Stromerzeuger, die beantragte Preiserhöhung mit Mehrkosten in Höhe von 738 Millionen DM seit Anfang 1975 begründet. 170 Millionen DM könnten durch Rationalisierungserfolge aufgefangen werden. Bei einer 7,2-prozentigen Anhebung erwartet das RWE Mehrerlöse von 114 Millionen DM. Daß den Elektrizitätsversorgungsunternehmen in den letzten drei Jahren höhere Produktionskosten entstanden sind, war im Wirtschaftsausschuß nicht strittig. Jedoch verlangten die Fraktionen eine präzise Aufschlüsselung der angegebenen 738 Millionen DM.

Der CDU-Abgeordnete Günther Detert bedauerte, daß dem Parlament nicht die notwendigen Unterlagen zur Tarifsituation und Kostenstruktur bei RWE und VEW vorlägen. Deswegen sei der Dialog sowohl mit dem Wirtschaftsministerium als auch mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen unabdingbar. Zur Zeit gelte es vor allem, die Frage zu klären, in welchem Umfang die Strompreise erhöht werden müßten.

Überkapazitäten

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Christoph Zöpel erklärte, die bestehenden Überkapazitäten bei RWE und VEW müßten in die aktuellen Überlegungen einbezogen werden. Allein das RWE habe nach eigenen Angaben eine Überkapazität von 3000 Megawatt, die jährlich 300 Millionen DM Zinskosten verursache. Diese Kostenbelastung dürfe nicht auf die Kunden abgewälzt werden, sondern müsse sich bei der Ausschüttung der Dividende niederschlagen (im vorigen Jahr 16 Prozent). Nach Auffassung Zöpels muß geprüft werden, ob es richtig ist, daß RWE und VEW die beantragte Preisanhebung bereits ab 1. November den kommunalen Verteilungsunternehmen (meistens Stadtwerke) in Rechnung stellten, obwohl diese den höheren Preis erst nach Abschluß des ministeriellen Genehmigungsverfahrens an die Endabnehmer weitergeben dürften. Auf Journalistenfragen betonte Zöpel, daß er eine Erhöhung um 7,2 Prozent für zu hoch halte.

Vor einer Überbewertung der Überkapazitäten warnte CDU-Abgeordneter Detert. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen müßten diese Kapazitäten vorthalten, damit bei einer weiteren Wirtschaftsentwicklung genügend Strom zur Verfügung stünde. Strom könne schließlich nicht gespeichert werden, sondern müsse praktisch im Augenblick des Verbrauchs erzeugt werden. Detert und der F.D.P.-Abgeordnete Thielmann vertraten die Ansicht, daß eine Erhöhung von 7,2 Prozent möglich sei, falls die RWE- und VEW-Daten einer Überprüfung standhielten. Thielmann sprach sich im übrigen für eine jährliche, dann aber geringere Preisanpassung bei den Stromtarifen aus.

Porträt der Woche



Ernst Kraft (CDU)

Ernst Kraft zählt nicht zu den auffälligen Politikern des Düsseldorfer Landtages. Der 53jährige CDU-Abgeordnete aus dem münsterländischen Selm macht keine Schlagzeilen in der nordrhein-westfälischen Landespolitik. Aber er zählt zu jener gewichtigen Gruppe im Parlament, die in den Ausschüssen initiativ wirken und „vor Ort“ immer dort helfen, wo die Bürger der Schuh am empfindlichsten drückt. So sind sie Volksvertreter im wahrsten Sinne des Wortes.

Der gelernte Former kam wider Willen in die Politik. Als er nach dreijähriger russischer Kriegsgefangenschaft 1948 heimkehrte, hatte er „die Schnauze voll von Parteien“, wie sich Kraft heute erinnert. Sein Engagement beschränkte sich auf die Industriegewerkschaft Metall und die Katholische Arbeiter-Bewegung, wo er schnell in verschiedene Gremien gewählt wurde. Noch heute ist der Gewerkschafter Betriebsratsvorsitzender in einer Stahlgießerei und KAB-Sprecher im Bezirk Beckum/Lüdinghausen.

Als dann 1952 die CDU den noch Parteilosen bat, für sie in der früheren Bergarbeitergemeinde mit SPD-Mehrheit zu kandidieren, sagte er nach längerem Zögern „ja“. Kraft schaffte den Sprung in das Kommunalparlament und später, als die CDU die Sozialdemokraten überflügelte, wurde er Bürgermeister – in einer Gemeinde, die noch unter den Folgen der Zechenstilllegung im Jahre 1926 litt und deren Einwohnerzahl nach Kriegsende sprunghaft von 10000 auf 16000 gestiegen war. Das „Armenhaus Nordrhein-Westfalens“, wie die nach Verleihung der Stadtrechte im letzten Monat jüngste Stadt damals hieß, steckte voller Probleme. Wellblechbaracken und Kopfsteinstraßen gehörten zum Alltagsbild in dem Ort zwischen Münster und Dortmund. Das „Armenhaus“ ist inzwischen ein solides Gebäude mit vielfältigen öffentlichen Einrichtungen geworden, und dazu hat der langjährige Bürgermeister wesentlich beigetragen. Sein Wirken war auch dort meist unauffällig, Repräsentationspflichten sind ihm ohnehin ein Greuel. Um so mehr pflegte er den Kontakt mit dem Mann auf der Straße.

Und die Warnung des Kommunalpolitikers Kraft vor einer radikalen Reform der Gemeindeordnung dürfte zumindest in seiner eigenen Fraktion nicht überhört werden. „Wir haben die beste aller Bundesländer“, meint er und fügt allerdings hinzu, daß sie um ein stärkeres Mitspracherecht der Bürger ergänzt werden sollte. Vehement lehnt der Parlamentarier die Abschaffung der Doppelgleisigkeit in der Gemeindegremien ab. Sie hätte die Verbeamtung des ersten Bürgers der Kommune zur Folge.

Neben der Kommunal- ist die Sozialpolitik das dominierende Wirkungsfeld des 1975 im Wahlkreis des heutigen münsterischen Regierungspräsidenten Dr. Möcklinghoff gewählten CDU-Abgeordneten. Und hier wiederum liegt ihm die Verbesserung der Lage älterer und hilfsbedürftiger Menschen besonders am Herzen. Mit dem SPD-Sozialminister Farthmann sieht er daher den flächendeckenden Ausbau der Sozialstationen als einen entscheidenden Beitrag zur Lösung dieses wachsenden Problems an. „Wir müssen diesen Mitbürgern die Möglichkeit geben, in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben.“ Damit entlaste man gleichzeitig die Altenheime. Die Sozialstationen will Kraft vornehmlich in freier Trägerschaft sehen.

Der CDU-Abgeordnete war früher ein begeisterter Sportflieger, heute füllen Politik und Familie die engbegrenzte Freizeit aus. Kraft ist mit zwölf Söhnen und Töchtern der kinderreichste Landtagsabgeordnete. Mag sein, daß aus der Sorge für diese Großfamilie auch die Verpflichtung gegenüber der größeren Gemeinschaft gewachsen ist.

Jochen Juretko